

Bezugspreis: Vierteljährlich 60.— M., monatlich 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M., einjährlich 240.— M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die zeitspendende Konparativzeile kostet 2.— M. „Kleine Anzeigen“ das 10malige Wort 1.— M. ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Donnerstag, den 5. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Appell der britischen Arbeiterpartei.

London, 5. Januar. (E.V.) Die englische Arbeiterpartei und der Exekutiv-Ausschuss der Trade Unions haben Lloyd George ein Memorandum geschickt, worin sie die Aufgabe des englischen Anteils am Reparationsguthaben sowie die Ermäßigung der Reparationsforderungen um den Betrag, den die Pensionen ausmachen, fordern.

London, 5. Januar. (E.V.) In politischen Kreisen glaubt man noch immer, daß Anfang Februar Neuwahlen stattfinden. Die Unabhängigen (Asquith-Partei) und die Arbeiterpartei wollen die Wahlpropaganda sofort eröffnen.

London, 5. Januar. (M.B.) „Manchester Guardian“ führt in seinen Wahlbetrachtungen fort; wenn die Regierung eine Niederlage erleiden sollte, so könnte nur eine liberale oder eine Arbeiteropposition folgen, die sich ganz zweifellos vereinigten würden, um noch entschlossener die Wiederaufbau-Politik zu vertreten, die die Regierung jetzt angenommen habe.

Vor dem Konferenzbeginn.

Cannes, 5. Januar. (M.B. aus dem „Petit Parisien“) Man erwartet, daß der Oberste Rat verhältnismäßig wenig Sitzungen abhalten wird und daß diese Sitzungen jedesmal ausführliche Besprechungen mit den Sachverständigen vorausgehen werden.

Cannes, 5. Jan. (M.B. aus der „Times“) Die augenblickliche Ansicht der britischen Delegation ist, daß Deutschland gestattet werden müsse, für 1922 mit einer Gesamtzahlung von 500 Millionen Goldmark wegzukommen, die zwischen Januar und April verteilt werden sollen.

auf die Regelung des Reparationsproblems sein und vielleicht auch auf die Regelung der Frage des Ostens bleiben.

Paris, 5. Januar. (Havas.) Gestern abend zeigte man in den französischen und englischen Kreisen der Konferenz bezüglich der sehr herzlichen Unterhaltung, die Briand und Loucheur am Nachmittag mit Lloyd George und Sir Robert Horne hatten, die gleiche Zurückhaltung. Es scheint nicht, als hätten sich die Ansichten, die die beiden Premierminister in London ausgetauscht haben, merklich geändert, d. h. die englische Regierung soll immer noch von dem Wunsch befeuert sein, in erster Linie das Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas in Angriff zu nehmen.

London, 4. Januar. (M.B.) „Manchester Guardian“ berichtet, daß Keynes ein neues Buch geschrieben hat, das den Titel führt: „Eine Revision der Verträge“. Das Buch behandelt u. a. das Reparationsproblem in seiner augenblicklichen Gestalt.

Frankreichs Vereinsamung.

London, 5. Januar. (M.B. aus der „Westminster Gazette“) In Cannes wird es zu einem schweren Knäppel kommen. Eine verhängnisvolle Nacht scheint Frankreich auf dem von ihm eingeschlagenen Wege vorwärts zu treiben.

Cannes, 5. Januar. (M.B.) Briand sagte in einer Unterredung, alle Schwierigkeiten zwischen England und Frankreich würden verschwinden, wenn ein Bündnis zwischen beiden Ländern zustande käme.

Der Fall Poincaré.

Von J. Steiner-Jullien.

Man wird sich über die Geheimdokumente, mit deren Veröffentlichung die Sowjetregierung Herrn René Marchand beauftragt hat, ein Urteil bilden können, wenn sie in ihrer Gesamtheit vorliegen werden.

In dem hier bereits zitierten Brief vom 5. Dezember 1912 schreibt Iswolsky: „Bei der Beurteilung der durch die augenblickliche Krisis für das Kabinett Poincaré geschaffenen Lage ist es notwendig, im Auge zu behalten, daß in den Reihen der Partei, auf die sich dieses Kabinett stützt, eine äußerst einflussreiche Gruppe besteht, die den Frieden „um jeden Preis“ verlangt.“

Meine Aufzeichnungen aus dem ersten von mir in Frankreich in der Freiheit verlebten Kriegsjahr durchblättern, finde ich unter dem 2. August 1914 folgende Bemerkungen:

„Die Würfel sind gefallen: Deutschland hat an Rußland den Krieg erklärt. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß der europäische Krieg unvermeidlich geworden ist.“

Der Belagerungszustand ist über ganz Frankreich verhängt. Das Parlament ist auf Montag nachmittag drei Uhr einberufen. Ich begegne einem französischen Kollegen, einem bürgerlichen Radikalen und Mitglied des Exekutivkomitees der radikalen Partei.

„Aber die Kammer und der Senat sind einberufen.“ „Das Parlament wird nie einen Krieg erklären.“ „Glauben Sie?“ „Ganz sicher. Die Radikalen wollen keinen Krieg.“

„Soweit meine Aufzeichnungen, von denen ich hier nur das Wesentliche wiedergebe. Nun vergleiche man damit die von Iswolsky wiedergegebene Äußerung Poincarés aus dem Jahre 1912, daß der Bündnisfall mit Deutschlands militärischer Intervention eintrete.“

Vielleicht wird man sagen, mein Gewährsmann wäre unzuverlässig oder ein blinder Optimist gewesen. Darauf könnte ich erwidern, daß es sich um einen vielgereisten Spezialisten der Außenpolitik handelt, der einige viel beachtete Bücher geschrieben hat.

„Die Regierung hat einen Aufruf an das französische Volk erlassen, in dem es heißt: „Die Mobilisierung (die angeordnet war) ist nicht der Krieg.“

Man mag, wenn man ganz mißtrauisch ist, einwenden, daß dieser Aufruf nur der Ausfluß der tiefsten Heuchelei war, daß im Gegenteil der Krieg bereits eine beschlossene Sache war und erklärt worden wäre, auch

Wiens schwarze Tage.

Wien, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem gestrigen Kurs kostete eine tschechische Krone jetzt 109 deutschösterreichische Kronen. Da Kohle, Zucker, Drosseln, Kartoffeln, Papier zum weit-aus größten Teil aus der Tschechoslowakei bezogen werden müssen, bedeutet dieser noch nicht dagewesene Kurs eine Katastrophe.

Skizzen, 5. Januar. (M.B.) Die Regierung hat die Absicht, dem Storting vorzuschlagen, daß der norwegische Staat ebenso wie England, Frankreich und andere Länder wegen der Wiederaufrichtung der österreichischen Finanzen seine Forderung an Oesterreich über 1 1/2 Millionen norwegische Kronen für Heringslieferungen 20 Jahre lang ruhen läßt.

Auf die Abstimmungsannäherung von Debenburg ist jetzt feierlich das Ententegebet gedrückt. Der Bürgermeister droht schon den österreichfreundlichen Deutschen, die Horthy-Truppen bereiten ein Siegesfest vor, einweihen beschließen sie Deutschösterreichs Grenzposten und das geheimnisvolle Verschwinden begüterter Leute hat schon begonnen.

Wie Horthy amnestiert.

Budapest, 5. Januar. (Ditel.) „Nepzava“ (Sog.) schreibt, daß in den ersten Tagen nach Verkündung der Amnestie mitgeteilt wurde, eine Anzahl Verurteilter sei freigelassen worden. Seitdem hat man nicht einmal gehört, daß auch nur die bis zu fünf Jahren Verurteilten entböhrt worden sind.

wenn Deutschland nicht den Krieg an Belgien und Frankreich erklärt hätte. Ich lasse es dahingestellt, ob dieses Ultimatum berechtigt ist. Die bevorstehenden Veröffentlichungen aus dem russischen Geheimarchiv werden darüber Licht schaffen. Unbestreitbar ist jedoch eines: hätte damals im französischen Parlament, hätte im französischen Volk unbedingte Kriegsstimmung geherrscht, hätte man allgemein angenommen, daß mit einem deutsch-russischen Kriege ohne weiteres für Frankreich der Bündnisfall eintrete, dann hätte die französische Regierung nicht nötig gehabt, am 2. August, nach der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland, in einem Aufruf an das französische Volk zu erklären, daß sie sich bemühe, „zu einer friedlichen Lösung der Krise zu kommen“ und „noch hofft zu reüssieren“. Wenn Viviani zum Krieg entschlossen war, dann müßte man eine derartige Proklamation als Flaumacherei oder noch etwas Schlimmeres bezeichnen.

Aber mein oben zitiertes Gewährsmann wußte ganz genau Bescheid und unterschied sehr wohl zwischen Viviani und Poincaré. Für Poincaré stand es schon 1912 fest, daß jede militärische Intervention Deutschlands in einem österreichisch-russischen Konflikt für Frankreich einen casus foederis bilde. Für das französische Parlament und für die Öffentlichkeit stand dies keinesfalls fest. Die damalige deutsche Regierung sorgte dafür, daß Poincaré sich in die Loge des Verteidigers kleiden konnte, während er doch zum Angriff bereit und willens war.

Die erdolchte Dolchstoßlegende.

Im Schweiß ihres Angesichts mühen sich immer noch alldeutsche Politiker ab, den „Dolchstoß“ in den Rücken des siegreichen Heeres“ zu beweisen. Es läßt sich aber doch nicht verkennen, daß die sozialdemokratischen Veröffentlichungen der letzten Zeit selbst in rechtsstehenden Kreisen gewirkt haben, denn man sieht sich selbst in jenem Lager jetzt zu vorsichtigen Verwahrungen und Einschränkungen veranlaßt. So schreibt im „Sozial-Anzeiger“ Johannes W. Harnisch:

Kun ist ja unzweifelhaft zuzugeben, daß es eine Besart vom Dolchstoß in den Rücken gibt, die unzweifelhaft falsch ist. Es ist die Besart, daß wir im Herbst 1918 im großen und ganzen militärisch vorzüglich standen, daß dann erst die Revolution den militärischen Umschwung herbeigeführt und uns aus einer Lage, in der der Sieg zum Geßien nahe war, in den Abgrund geschmettert habe. Diese Besart ist reichlich kindlich; sie wird auch von keinem irgend ernsthaften Politiker und Militär vertreten.

Es ist sehr nett, wie Herr Johannes W. Harnisch seinen einflügeligen Waffengeführten aus den Tagen des Kapp-Putschs, den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Freiherrn v. Wangenheim-Klein-Spiegel, hier preisgibt. Denn dieser hat am 10. August 1921 bei der Einweihung des Bismarck-Denkmal in Stettin-Golchow gesagt:

„Der greifbar nahe Sieg ist nur durch die Revolution verhindert worden.“

Rührt die Erkenntnis des Herrn Johannes W. Harnisch, daß Herr v. Wangenheim kein irgendwie ernst zu nehmender Politiker ist, etwa aus den Tagen des Leipziger Hochverratsprozesses her?

Die weitere Beweisführung des Herrn Harnisch, daß es trotzdem einen „Dolchstoß“ gegeben habe, ist mit Leichtigkeit zu widerlegen. Welche Beweisstrahl liegt z. B. in der Feststellung der Tatsache, daß sich bei der Arras-Offensive im Frühjahr 1918 Fronttruppen vielfach, anstatt weiter vorzugehen, auf die in den genommenen Gräben erbeuteten Lebensmittel gestürzt haben? Ist dies eine Wirkung revolutionärer Propaganda oder nicht vielmehr eine Wirkung der englischen Hungerblockade? Noch leichter zu widerlegen ist die Behauptung des Herrn Harnisch:

Im November 1918 war die Front durchaus imstande, zum mindesten noch monatelang das Feld zu behaupten. War das aber der Fall, dann hätte sich vielleicht nach dem Urteil aller

militärischen Fachleute die Offensive von Marshall Foch binnen kurzer Frist totlaufen müssen. Die bis dahin noch niemals gegebenen Voraussetzungen vor einen „Remis“-Frieden, einen Frieden ohne Sieger und Besiegte, wären damals eingetreten.

Umgekehrt ist die Sache richtig! Die Voraussetzungen für einen Remis-Frieden waren allenfalls vor der deutschen Niederlage, vor dem Abfall der Bundesgenossen gegeben, aber danach sicher nicht mehr. Hat Herr Harnisch nach drei Jahren bereits vergessen, daß im November Bulgarien, die Türkei, Oesterreich-Ungarn nicht nur auf Gnade und Ungnade kapituliert, sondern auch der Entente ihre Bahnen und ihr Gebiet zum Durchmarsch zur Verfügung gestellt hatten? Selbst wenn sich die Westfront noch ein paar Monate hätte halten können, so waren doch die durch die Kapitulation Oesterreichs geöffneten Pforten Deutschlands völlig ungedeckt. Hatten vordem der Entente etwa noch 140 Millionen Menschen im Bund der Mittelmächte gegenübergestanden, so waren es jetzt keine 70 Millionen mehr. Eine solche Lage — von der völligen Erschöpfung der Lebensmittel und Rohstoffe in Deutschland ganz abgesehen — als „Remis-Stellung“ zu bezeichnen, grenzt an Wahnsinn.

Kun trifft aber nicht einmal die Voraussetzung zu, daß die Westfront noch einige Monate standhalten konnte. In der Kabinettsitzung vom 10. Oktober 1918 sagte Staatssekretär Solf nach dem Sitzungsprotokoll des am 11. Oktober in der Reichsversammlung gehaltenen Besprechungs:

Ich habe Ludendorff gefragt: Können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: Nein.

Diese Antwort stimmt ja auch überein mit der hier schon oft veröffentlichten Rente der Ludendorffschen Anglistelegramme vom Oktober 1918. Damals haben die militärischen Führer immer wieder betont, daß das Schicksal der Armeen von Tagen und Stunden abhinge. Heute will man uns den Bären aufbinden, daß man sich bequem noch monatelang hätte halten können!

Die Erlösung von Leipzig.

Die heutige Morgenausgabe der „Freiheit“ veröffentlicht einen Leitartikel von Otto Meier „Ein Wort zur Einheitsfront“. Er ist vielleicht das stärkste Bekenntnis zur Einigung, das von einem Mitglied der USPD, niemals öffentlich abgelegt worden ist. Otto Meier führt aus:

Innerhalb der letzten Jahre hat sich unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung das Verhältnis der sozialistischen Parteien zueinander wesentlich geändert. Während noch vor zwei Jahren jede proletarische Partei in der anderen den am schärfsten zu bekämpfenden Gegner sah, betrachtet heute jede dieser Organisationen die Einheitsfront, wenn auch in ihrem Sinne, als erste Voraussetzung für die unmittelbare Durchsetzung der sozialistischen Ziele. Der Wille der Massen, die Periode der Zwischzeit zu überwinden, ist allmählich so elementar geworden, daß er von keiner Partei mehr auf die Dauer ignoriert werden kann.

So hoffen und warten die deutschen Arbeiter von einem Parteitag zum anderen. Sie blicken nach Jena, zum Parteitag der Kommunisten; sie warten auf Götting in der Hoffnung, daß von dort das Heil käme. Sie wurden bitter enttäuscht. Und wieder hatten die nicht nur in der USPD, sondern auch in den anderen Parteien organisierte Arbeiterschaft — und das ist vielleicht das Wesentlichste — die vielen hunderttausend, die des Bruderkampfes müde, abseits stehen, auf die Erlösung von Leipzig.

Meier will zugleich auch schon die Einigung mit den kommunistischen Arbeitern, die zum erheblichen Teil von den Gedankengängen Kautskys gar nicht mehr so weit entfernt wären und selbst der Koalitionspolitik nicht mehr so ganz absparend gegenüberstünden wie einst. Er erklärt:

Der Parteitag der USPD in Leipzig hat die Pflicht, wenn er im Sinne der Fortentwicklung der Gesamtbewegung arbeiten will, nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in der Arbeiterbewegung hervorzuheben. Eine nach dieser Richtung hin klar und

Zahlende ist immer der Betrogene, und der raffenernde Betrüger führt sich dabei als überlegene Intelligenz. Geisteslos in trister Schmutzlichkeit plätschert das bis zum Ende hin.

Marie Orska in denkbar extravaganteren Toiletten spielte die kindisch-launenhafte, sinnlos verlogene Weibin, die bei eventuellen gerichtlichen Klagen sicher auf ein glänzendes Minderwertigkeitsattest hätte Anspruch erheben können, mit manchen feinschererischen Situationen, die aber auf die Dauer bei ständiger Wiederholung der Situation den Reiz naturgemäß verlieren mußten. Auch sprach sie oft so rasch und leise, daß man schon in der Mitte des Vortrags nur noch mit großer Mühe folgen konnte. Die beiden jungen Leute, von denen der eine allen Umständen ein als nobel empfindende Natur aufgereiht werden soll, waren durch die Herren Riemann und Georg Alexander nach Möglichkeit distret vertreten. dt.

Künstlerchaft und Arbeitsrecht. Der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands hat eine Entschiedenheit gefaßt, die auf die Bestrebungen der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts Bezug nimmt. Der Verband legt dabei den größten Wert nicht nur auf eine Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Künstler und Verleger — ein Verleger soll nicht nur das Werk bezahlen, sondern auch veröffentlichen müssen —, sondern ganz allgemein auf die gezielte Regelung der Arbeitsbeziehungen zwischen Künstlern und jeder Art von Auftraggebern, insbesondere auch, soweit das Gebiet der Gebrauchsgraphik und des Kunstgewerbes in Betracht kommt. Konkurrenzklauseln, Ferienordnung, Schiedsgerichte, Wohlfahrtsanstaltungen, sollen einen vertragsmäßig schaffenden Künstler nicht nur verpflichtet, sondern ihm auch Rechte einräumen, ihn dem Auftraggeber zu mindest so zu stellen, wie die oberen Angestellten kaufmännischer oder anderer freier Berufe.

Beisetzung Korolenkos. Der feierlichen Beisetzung Wladimir Korolenkos in Moskau wohnten gegen 150 000 Personen bei. Das Begräbnis wurde zu einer gewaltigen Demonstration des russischen Volkes für den toten Dichter. Auch die Vertreter der russischen und ukrainischen Sowjetregierungen nahmen an der Begräbnisfeier teil. Das Allrussische Zentralkomitee hat der Familie Korolenkos im Namen der Werktätigen Rußlands sein Beileid ausgedrückt und gleichzeitig versprochen, daß die Sowjetregierung alles tun werde, um die Schriften des großen Schriftstellers und Fürsprechers der Bedrückten weiter zu verbreiten.

Farbige Häuser. Zum farbigen Puh oder Anstrich greift man, nachdem einige schwäbische Landstädte damit vorangegangen waren, jetzt auch in Stuttgart selbst und erzielt damit, wie der „Baumwelt“ berichtet wird, gerade in der inneren Geschäftswelt und den alten Wohnvierteln glückliche Wirkungen. Zunächst wurden viele alte Bürgerhäuser farbig erneuert, wobei durch die abgetönten andersfarbige Bemalung des Gebäudes, der Schnitzereien und des Steinbildhauerwerks eine überraschend freundliche und behagliche Stimmung erzielt wird. Geradezu verblüffend ist die Wirkung bei einem prächtigen, großen Renaissancebau am Markt, der ganz in Rot- und Gelbgrün gehalten ist, während das Rahmensteinwerk gelbbraun ist. Die eine Schmalfront des Hauses ist zudem, ebenfalls

deutsch ausgesprochene Willenserklärung unserer Partei wäre der erste positive Schritt zur Einigung des Proletariats. Er würde, ohne eine Verleugnung des bisher eingenommenen Kampfstandpunktes zu bedeuten, in der Richtung des Zieles liegen, das eine völlige Wiedergeburt und eine vielleicht beispiellose Kraftentfaltung der deutschen Arbeiterklasse bedeuten.

Nachdem die Frage der Einigung in solcher Weise aufgelöst worden ist, kann es nicht ausbleiben, daß sich der Parteitag der Unabhängigen, der am 8. Januar in Leipzig beginnt, gründlich mit ihr beschäftigt. Im übrigen sind deutsch ausgesprochene Willenserklärungen in dem Sinne, wie sie Meier verlangt, von der Sozialdemokratischen Partei wiederholt, zuletzt wieder in Götting, abgegeben worden.

Die „unpolitische“ Justiz.

Aus Altenburg wird uns geschrieben:

Ein aufsehenerregender Vorfall hat sich hier jüngst in öffentlicher Gerichtsverhandlung abgespielt. Zur Verhandlung stand ein Prozeß des bürgerlichen Redakteurs Müller von der „Altenburger Zeitung“ gegen den Genossen Müller als verantwortlichen Redakteur der „Ostthüringer Volkszeitung“. Müller war in erster Instanz freigesprochen worden, der Kläger hatte hiergegen Berufung eingelegt und die Sache kam vor dem Landgericht erneut zur Verhandlung. In dieser suchte der Kläger nachzuweisen, daß unser angeklagter Genosse der Verfasser des inkriminierten Artikels sei. Dabei gebrauchte der klägerische Rechtsanwalt den Ausdruck: „Schon in der Tatsache, daß Müller dem Schreibstücken den Artikel in die Maschine diktiert hat, ist das Moment der Beleidigung zu erblicken.“ Bei diesen Worten wollte nun der Anwalt ein ungläubiges Schreien auf den Mienen eines der beisitzenden Richter bemerkt haben. Er unterbrach seine Rede und bemerkte, daß er infolge des Vorkommnisses stillschweigend sei, um weiterzusprechen zu können. Der angegriffene Richter, Landgerichtsrat Dr. Senf, bestritt das Schreien und erklärte, daß er noch Herr seiner Mienen sei. Nun aber erhob sich der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Schmidt mit der Erklärung, daß er die Auffassung des Rechtsanwaltes teile und rügte in öffentlicher Sitzung das angebliche Schreien des Richters.

Es dürfte wohl in Deutschland das erste Mal gewesen sein, daß ein vorsitzender Richter in öffentlicher Sitzung seinen gleichberechtigten Kollegen in dieser Weise behandelt. Die Sache wird aber vielleicht endlich, wenn man es erlaubt, daß der gerügte Richter stark links gerichtet ist, während das gesamte Altenburger Richterkollegium mit höchstens ein oder zwei Ausnahmen kaum ein deutschnational ist — der Staatsanwalt Fröh hat sogar bei der letzten Landtagswahl als deutschnationaler Spitzenkandidat fungiert. Schon seit geraumer Zeit geht in den reaktionären Altenburger Juristenkreisen die Hitze gegen den linksgerichteten Landgerichtsrat Dr. Senf, und jetzt soll das Vorkommnis benutzt werden, um ihn unendlich zu machen. Die großenteils ebenso reaktionären Altenburger Anwälte haben beschlossen, daß sie in Zukunft diesen Richter ablehnen wollen! Bei dem Reststreiten gegen einen unbedeutenden Demoskaten ist jedes Mittel recht. Hell aber zeigt sich der „unpolitische“ Charakter der heutigen Rechtspflege.

Sachliche Kritik.

Wenn die Sozialdemokratie an der Justiz Kritik übt, so wird ihr sicher von den Vertretern der Juristenwelt unachtsliche Kampfwiese vorgeworfen. Nun lernen wir endlich von diesen, wie eine sachliche Kritik beschaffen sein muß. Vor kurzem hat Genosse Erich Kuttner ein Buch herausgegeben: „Warum verlor die Justiz?“ Das dieses Buch von den meist reaktionären Fachjuristen abgelehnt werden würde, war vorauszusehen. Nicht freilich war vorauszusehen, wie leicht sich diese Herren die Kritik machen würden.

Da wendet sich z. B. in der „Königlichen Volkszeitung“ der preussische Richterverein mit einer offiziellen Erklärung — gegen das Buch Kuttners etwa? O nein, ihm genügt eine Besprechung des Buches in der „Königlichen Zeitung“ als Grundlage des Protestes. Das Buch selber darf sich anzuzeigen, haben die objektiven Herren von der Justiz sich nicht die Mühe genommen.

Noch leichter macht es sich aber der Geheimde Justizrat Dr. Friedrich Holzke in Heft 1, 2 der „Deutschen Juristenzeitung“, mit dem diese ihren 27. Jahrgang beginnt. Er hat die Kuttnersche Schrift

nach einer altdeutschen Sitte, in der Art der Bemalung der Stuttgarter Markthalle, mit großen allegorischen Figuren, die auf das im Hause betriebene Geschäft Bezug nehmen, geschmückt. Nicht weit davon ist ein bis dahin unansehnliches Gebäude durch geschickte Erneuerung zu einem Schmuckstück der Straße geworden. In einer anderen Ecke Stuttgarts steht einer jener unglücklichen vierstöckigen Hauskästen mit riesiger Front, nördern zum Davonlaufen. Jetzt ist die gewaltige Masse mit einem kalten Rot gefärbt, die Fenster und Säule leicht grün abgetönt, und das ganze Haus leuchtet hell die Gesichter der Vorübergehenden auf, läßt vor jedem Laden verweilen. Von besonders feiner Wirkung wird die Außenfront des neuen Wohnhotels. Bis etwas über die Hälfte des Hauses ist es tiefgrün abgeputzt mit abschließendem breiten, gezackten Stuckrand. Der obere Teil ist übergrau geputzt. Auf dem Grün stehen in großen goldenen Buchstaben die Firmennamen.

Saint-Saëns, der Zigeuner. Die Tatsache, daß der berühmte Komponist Saint-Saëns ganz einsam und verlassen gestorben ist, könnte Verwunderung erregen, wenn man nicht wüßte, daß er stets darauf gehalten hatte, seiner inneren Unruhe folgend, ein Beobachtungsdasein zu führen. Er hielt sich auf, wo ihn gerade sein Wunsch hinlockte, bald in der Riviera, bald in Alger, bald in Sizilien, überall das strengste Intognito wachend und jede Gesellschaft fliehend. Besonders gern weilt er in kleinen, am Hafen gelegenen Kneipen, wo er mitten unter dem Volke Platz nahm, sich an den Gesprächen beteiligte und gelegentlich wohl auch auf dem klapperigen Piano des Lokals Proben seiner meisterlichen Kunst zum Besten gab. Auch als er das 80. Lebensjahr überschritten hatte, war seine Abneigung gegen das seßhafte Leben, den häuslichen Herd und die bürgerlichen Gewohnheiten so stark, wie in den Tagen seiner Jugend. Seit langem schon hatte er alle Möbel, Bilder und künstlerischen Erinnerungen, die seine Pariser Wohnung füllten, der Stadt Dieppe geschenkt, die diese Schätze in einem älteren Museum aufbewahrt während der von allem Ballast befreite Musiker jetzt ganz hemmungslos seinen Zigeunerelnungen frönen konnte.

Museumführungen durch Direktorialbeamte. Am Sonntag, 8. 97, Uhr. Rundgang durch das Kaiser-Friedrich-Museum mit Ueberrück über die Geschichte der Sammlungen und im Museum für Völkerkunde Führung durch die Ozeanische Abteilung, Julaubere (1 2) am Eingang der Museen.

Dr. Adolf Becke beginnt am 12. abends 8 Uhr, eine Lichtbilder-Vortragreihe über „Die neue Kunst als Ausdruck unserer Zeit“ in der Doroteenstraße 6/71 und am 14. um 11 Uhr, eine Reihe von Führungen durch National-Galerie und Kronprinzen-Palais.

Abkündigung des deutschen Kostenbüchchens. Die Vetter der vier deutschen Kolonialkommissariate haben sich jetzt auf dem Boden des Sonderständigen-Ausschusses für Verwendung des Reichslokalverkehrs zusammengefunden, um eine Uebersicht über den Verhältnissfall der deutschen Kolonialverhältnisse zu schaffen.

Ein scheidendes Theater soll in Wien innerhalb eines Jahres eröffnet werden. Nicht so — fern Wien hat eine großartige Bedürfnis. Aber wie Reibis mit der Bühne deutscher Theater in Thüringen? In Wien und Böhmen hat man den Deutschen von allerher, innegraphen Theater genommen.

Zu Ende erzählte Schulweisheit.

Bekanntlich sind nach den Schulbüchern die verschiedenen Teile des menschlichen Körpers einmal in den Streit geraten, wer der Wichtigste sei, und da sie nicht einig werden konnten, weigerten sie sich, füreinander zu arbeiten. Der Mund hörte auf zu kauen, der Magen zu verdauen, die Beine den Körper zu tragen, die Hände Nahrung heranzuschaffen, der Kopf zu denken. Der Mensch wurde krank, jeder einzelne Teil des Körpers verklümmerte — und erst als sie Klug geworden — so lautet der Schluß — begannen sie wieder füreinander zu wirken. Damit schließt das Schulbuch und sagt nur noch einen Satz an, der den Klugen die Einigkeit und Zusammengehörigkeit predigt. Aber die Geschichte selbst geht weiter.

In dem Körper lag nämlich eine Bakterie, die während all der Streitigkeiten sich mühsam still verhalten hatte. Jetzt, nachdem die Teile des Körpers sich wieder vertragen hatten, begann sie munter, von den Körperflüssigkeiten zu fressen und sich zu vermehren. Sofort fürchteten sich die weißen Blutkörperchen auf die Schädlinge und wollten sie vernichten. „Was tut ihr?“ schrie die Bakterie. „Fangt ihr wieder den ungeliebten Bruderkrieg an?“ — Die Blutkörperchen stuzten: „Gehet ihr denn auch zu uns? Was nützt ihr denn?“ — „Was wir nutzen?“ schrien die Parasiten? „Wir sind der Säurestoff, wir regen den Körper an! Ohne uns wäret ihr ja selber nicht möglich!“ Die Blutkörperchen verstanden zwar nicht, was die Bakterien meinten, telegraphierten aber die Lage an das Gehirn, und da dieses zwar nichts von deren Nützlichkeit wußte, aber böse Folgen von einem neuen Hader fürchtete, befahl es, die Parasitenkolonie wenigstens unter Aufsicht zu halten. Inzwischen vermehrten und vergrößerten sich die Bazillen. Wo ein Punkt war, entstand eine Beule, die Beule wurde zum Geschwür, das Geschwür fraß sich in gesunde Zellen hinein, sie veresend und ansteckend. Jede Blutwelle trieb die Bakterien in noch gesunde Organe, und der ganze Körper wurde infolge der Einigkeitssparole dem Verderben ausgeliefert. M. Ch.

Komödienhaus: „Carussell“ von Louis Verneuil. Der Autor pfeffert die in der französischen Komödie üblichen Fritostitäten hier noch mit einem Einflügel abgedröhnten Schiebtertums und fand für diese Mischung ein dankbares Publikum. Dabei fehlt jede Spur von übermütiger Ausgelassenheit und led naturwissenschaftlicher Fizzierung, die in Stücken wie „Akl“ über die Anstößigkeit hinweghilft. Das Thema der ausgehaltenen Komödie, die den Herren mit dem größten Eheduch nachläßt, um die Betroffenen dann zur Reue ohne mit weniger geldpotenten Stellvertretern zu hintergehen, wird geradezu in einer Art pedantischen Schematismus abgehandelt. Sobald der im Nebenamt geliebte Habenichts an der Börse die bewußte Million gewinnt und der Hauptkavalier bankrott macht, tauschen sich auch ihre Rollen bei der ehrenwerten Dame um. Der

zwar auch nicht gelesen, aber er hat sie im Schaufenster einer Buchhandlung gesehen. Der Erwerb war dem Herrn Geheimen Justizrat zu teuer und so hat er sich mit der Betrachtung des Titels begnügt. Und diese Betrachtung des Titelbildes genügt dem Herrn, um 34 Zeilen über das von ihm nicht gelesene Buch zu schreiben. Kann man mehr von einer objektiven Kritik verlangen?!

Ein richtiger Rettungsversuch.

Der „Görlitzer Volkszeitung“ ist folgendes interessante Schriftstück bekannt geworden:

Schwarzenberg, den 30. Dezember 1921.

An das Amtsgericht zu Görlitz.

In hiesigen sozialistischen Kreisen hat das Nichttrouen gegen die Unparteilichkeit der Richter neue Nahrung dadurch erhalten, daß vom Amtsgericht Görlitz verschiedene Angehörige bürgerlicher Kreise nur mit 100 bzw. 200 M. Geldstrafe verurteilt worden sind, weil sie gelegentlich des Görlitzer Parteitag der SPD, die vor dem Tagungsgebäude wohnende rote Fahne zerrissen haben, während zwei Angehörige der SPD, die am Befestigungstage der ehemaligen deutschen Kaiserin die von der Deutschen Volkspartei in Düren gehißte schwarzweiße Fahne heruntergerissen haben, vom Amtsgericht Düren mit je 3 Monaten Gefängnis bestraft worden sind.

Der Unterzeichnete, der zugleich Stadtverordneter ist, ist gebeten worden, den Fall im Interesse des Ansehens des deutschen Richterstandes auszuklären und eventuell eine Berichtigung in der „Ergeb. Volksstimme“, dem hiesigen Organ der SPD, zu veranlassen, weil dort mit Rücksicht auf die erwähnten beiden Urteile die Unparteilichkeit der deutschen Richter in Frage gestellt worden ist.

Es wird deshalb um möglichst umgehende Ueberlassung der Akten auf kurze Zeit oder, falls dies nicht möglich sein sollte, um alsbaldige Mitteilung einer Urteilsabschrift gebeten.

Etwasige Kosten bittet man nachzunehmen.

Amtsgericht Schwarzenberg.

J. B.: gez. Amtsgerichtsrat Dr. (Wenz oder Max).

Dieser Richter hält eine Untersuchung für notwendig, ist also von der Unparteilichkeit nicht mehr so sehr überzeugt. Man muß abwarten, ob das Amtsgericht in Görlitz der Bitte nachkommen und wie die Antwort ausfallen wird. An der Tatsache ist ja nicht zu zweifeln.

Dollar 200 Mark.

Die Aufwärtsbewegung am Devisenmarkt hält trotz des noch immer ungewissen Ausganges der Konferenz von Cannes vorläufig an. Heute legte der Dollar mit etwa 197 ein und stieg zeitweise bis 202. Im weiteren Verlauf bewegte sich der Kurs um 200. An der Effektenbörse machte sich eine gewisse Realisationsneigung des Publikums geltend und stieß die Papiere zu einigermaßen günstigem Kurse ab, die man während der Krise im Monat Dezember durchgehalten hat.

Das neue Reichsbahngesetz.

Der Organisationsausschuss im Reichsverkehrsministerium hat sich mit dem Entwurf des Eisenbahnfinanzgesetzes weiter beschäftigt. Ein von der Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter gestellter Antrag, hierüber als Sachverständige die Herren Geheimrat Dr. Duack, Minister a. D. Deser, Ingenieur Dahl und Stadtbaurat Herten zu hören, wurde mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt, weil sämtliche von der Verwaltung benannte Mitglieder des Ausschusses dagegen stimmten. Dagegen wurde ein Antrag des Ministerialrats Dr. Sartor angenommen, für die Besprechung des Gesetzentwurfs Berichterstatter zu benennen, deren Berichte beschleunigt entgegenzunehmen und dann sich über die Frage der etwaigen Zulassung von Sachverständigen schlüssig zu werden, wenn sich überlegen lasse, welche Fragen den Sachverständigen vorzulegen seien. Zu Berichterstattern über die staatsrechtliche Seite des Gesetzentwurfs wurden Ministerialrat Dr. Sartor und Noth (Gewerkschafts- und deutscher Eisenbahner), über die wirtschaftliche Seite Ministerialrat Dr. Ledeburg und Scheffel (Deutscher Eisenbahnerverband) bestimmt. Die auf dem Wege einer Induktion bewirkte vorzeitige Veröffentlichung des Entwurfs in der „Völkischen Zeitung“ und anderen Blättern wird innerhalb des Ministeriums Veranlassung zu einer anderen Behandlung gewisser Pressefragen geben. Am Sonnabend sollen die vier Referate erstattet werden.

Am 10. Januar will der Reichsverkehrsminister Groener einem auserlesenen Sachverständigenkreise Gelegenheit zur Stellungnahme zum Eisenbahnfinanzgesetz geben. Geladen sind zu diesem Zweck Geh. Kommerzienrat Arnhold, Staatssekretär a. D. v. Breitenbach, Unterstaatssekretär D. Franke, Staatsminister a. D. Hoff, Ministerialdirektor a. D. Dr. Kirchhoff, Fabrikdirektor Krämer, Direktor des Statistischen Amtes in Schöneberg Dr. Kaczynski, Reinhold Melior, Staatsminister a. D. Deser, Kommerzienrat Dr. Ravens, technisch-wissenschaftlicher Sachverständiger Dr. Schiff, Staatsminister a. D. v. Seidewitz, Staatsminister a. D. v. Seydenitz, M. d. R. v. Siemens, Ministerpräsident a. D. Stegerwald, Unterstaatssekretär a. D. Stieger und Bankdirektor Urbig.

Weltreichschmerzen.

Dublin, 4. Januar. (W.T.B.) Im Sinnseiner-Parlament haben bisher 27 Delegierte für und 25 gegen die Ratifizierung des Friedens mit England gesprochen. Man glaubt, daß die Ratifikation mit einer Mehrheit von zehn Stimmen beschloffen werden wird. De Valera hat heute eine Proklamation veröffentlicht, in der er das irische Volk auffordert, durchzuhalten und erklärt, die Lage könne noch im letzten Augenblick gerettet werden.

Kairo, 4. Januar. (W.T.B.) Die ägyptischen Advokaten stellen nächsten Freitag ihren Streik ein, legen aber für zwei Monate Trauerkleidung an und boykottieren Englands Handel, Industrie und Banken.

Die Hilfsaktion für Rußland.

Dem Sowjetkommissariat für Verkehrswesen kündete die American Relief Administration die bevorstehende Ankunft einer großen Sendung Lebensmittel für das Wolgagebiet an. Ende Dezember haben fünf Dampfer mit 40 000 Tonnen Getreide, unter denen sich auch 1 Million Pud Saatgetreide befindet, New York verlassen. Ihre Ankunft wird Anfang Februar erwartet. Das Sowjetkommissariat für Verkehrswesen hat die Verpflichtung übernommen, den Abtransport dieser Lebensmittelsendungen auf schnellstem Wege durchzuführen.

Wiktor Tschernoff in Prag.

Laut „Aufbruch“ hält sich gegenwärtig der Führer der russischen Sozialisten-Revolutionäre Wiktor Tschernoff in Prag auf, um an der Parteikonferenz teilzunehmen, zu der auch Kuznetsov, Suchomlin, Sosnoff, Prof. Pestikoff erschienen sind. Es wird die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung durch die Entente-mächte und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Rußlands besprochen.

Kwaloff-Vermond ausgewiesen. Gegenüber Ausführungen des „Berl. Tagbl.“, daß Kwaloff-Vermond in Berlin eine neue Zeitung herauszugeben beabsichtige, hürten die B.P.R., daß Kwaloff-Vermond mit Frist bis zum 17. Januar aus Preußen ausgewiesen ist.

Schneelust.

Bis auf 10 Grad über Null war das Quecksilber in den letzten Tagen emporgesteigert und die armen Leute atmeten auf, denn sie meinten, nun müsse es bald Frühling werden. Aber das Wetter hat seinen eigenen Kopf — daher ja der Name witterwendisch — und überroste uns heute früh mit einem stillen aber eindringlichen Frost. Dazu gab es ein feines Geriesel glühender Schneeflocken, die bei der Jugend und den Schneeporkern allerlei kühne Gedanken wach werden ließen. Es blieb aber zunächst bei dem ersten schüchternen weißen Gruß aus der Höhe. Dennoch aber liegt etwas in der Luft, wie man so sagt. Und es liegt auch wirklich etwas in der Luft, nämlich Schnee. Vielleicht werden uns schon die nächsten Tage größeren Schneefall bescheren.

Das Barometer, das in den letzten Tagen einen seltenen Tiefstand erreicht hatte, zeigte bereits den Witterungsumschwung an, dessen Ursprung darin zu suchen ist, daß wir uns jetzt auf der Rückseite eines tiefen Sturmwirbels angelangt sind, der sich nach Rußland gezogen hat. Im Westen hat der Luftdruck stark zugenommen und von der Zufuhr der milden atlantischen Strömung abgehalten. Die nordwestliche Strömung, in der wir uns jetzt befinden, stammt von der Grenze der Polar-Region und ist daher kalt. Wir werden uns also auf eine neue Kälteperiode einrichten müssen.

Zwei Mark auf der Berliner Stadtbahn.

Bekanntlich sollen am 1. Februar auch die Tarife der Stadt- und Ringbahn erhöht werden. Die Preise sind jetzt so festgesetzt worden, daß die Sonderstellung der Bahn unter den Berliner Verkehrsunternehmen mit bezug auf Billigkeit endgültig fallen gelassen wird. Ohne Rücksicht auf die zurückgelegten Strecken wird der Fahrpreis in der dritten Klasse 2 Mark betragen, in der zweiten Klasse 3 Mark. Der Preis für Monatskarten im Stadt- und Ringbahnverkehr ist für die zweite Klasse auf 75 Mark, für die dritte Klasse auf 50 Mark festgesetzt worden; Schülerkarten kosten 38 bzw. 25 Mark. Für den Barverkehr sind die neuen Tarifverordnungen noch nicht endgültig festgesetzt.

Die Berliner Verkehrsunternehmen werden also ab 1. Februar gemeinsam auf dem 2-Mark-Grundtarif basieren.

Aus dem dunkelsten Berlin.

Die Mörder des Althändlers Ziegler verhaftet.

Auch das letzte Kapitalverbrechen, der Raubmord an dem Althändler Ziegler in seinem Geschäftsfleisch in der Ruckstraße, hat bereits seine Aufklärung gefunden. Die Tat leuchtete in das dunkelste Berlin hinein, denn es stand von vornherein fest, daß als Täter nur jene Personen in Frage kommen konnten, die zur „Rundschau“ des alten Ziegler gehörten. Die Täter sind vier trotz ihrer Jugend gefährliche Verbrecher: der 24 Jahre alte Koch Ernst Kurth, der zunächst nur mit seinem Spitznamen „Hans“ bekannt war, ein 25 Jahre alter Wilhelm Erbst, ein 21 Jahre alter Franz Kaczynski und ein 20 Jahre alter Otto Kaminsky aus Oberschöneweide.

Schon am 8. Dezember hatte Ernst Kurth mit Otto Kaminsky den alten Ziegler schwer bestohlen. Die beiden erbeuteten damals u. a. einen Bappkarton, der 75 Dollar und 9000 Mark enthielt. Nachdem sie sich in Berlin neu eingekleidet hatten, fuhren sie nach Hamburg und brachten dort zunächst das deutsche Geld durch. Dann kehrten sie die 75 Dollar um. Auch mit dem Erlös dafür waren sie bald fertig. Jetzt kehrten sie kurz vor Weihnachten nach Berlin zurück. Weil sie wieder mittellos waren, so konnten sie auf einen neuen Plan, um sich wieder Geld zu verschaffen. Alle vier begaben sich in der Nacht zum 24. Dezember nicht weniger als viermal nach dem Ziegler'schen Keller, ohne ihr verbrecherisches Ziel zu erreichen. Schließlich gelang es ihnen doch, den alten Ziegler zu überfallen. Sie fesselten den wehrlosen Händler und stießen ihm einen Nadelstift in den Hals. Die Mörder durchsuchten dann die Räume und fanden dabei auch zwei Briefschädel, die 2500 M. enthielten. Außer dem Gelde nahmen sie einen Sack mit Wäsche, und Kleidungsstücke, eine gefüllte Reisetasche und einen Karton mit sieben Uhren mit. Alle vier hatten ihren Beuteanteil in ganz kurzer Zeit wieder durchgebracht und gingen deshalb bald wieder auf neue Höhe aus. Unterdessen kamen die Kriminalbeamten den Mördern auf die Spur. Zuerst nahmen sie Erbst und Kaczynski fest, beide in Kofschmen. In der vergangenen Nacht auch Ernst Kurth. Kaminsky war nicht zu finden. Es erob sich jedoch bald, daß er bereits hinter Schloß und Riegel saß. Man hatte ihn bei einem Wohnungseinbruch am Andreasplatz abgefaßt, noch bevor seine Mitäterschaft bekannt war.

Das drohende Straßporto.

Es wird von neuem darauf hingewiesen, daß Postkarten im Inlandsverkehr die Größe von 15,7:10,7 Zentimeter nicht überschreiten und nicht mehr als 8 Gramm wiegen dürfen. Größere und schwerere Postarten unterliegen der Briefgebühr und werden mit einer Nachgebühr in Höhe des Doppelten des an der Freigegebühr für einen einfachen Brief fehlenden Betrages belegt. Diese Nachgebühr beträgt vom 1. Januar an 3 P. im Fernverkehr 1,50 M. Postkarten im Auslandsverkehr dürfen nur 14:9 Zentimeter groß sein.

Ferner wird daran erinnert, daß die Post berechtigt und verpflichtet ist, von dem Empfänger eines ungenügend frankierten Briefes jedesmal das Doppelte des an der richtigen Frankierung fehlenden Betrages einzuziehen. Ist also ein einfacher Brief noch mit 60 Pf. statt mit 2 M. frankiert, so muß der Empfänger 1,40 M. + 1,40 M. = 2,80 M. nachzahlen, falls er es nicht vorzieht, die Annahme des Briefes zu verweigern. Die geringste Nachzahlungsgebühr (Straßporto) kostet jedoch 50 Pf.

Selbsthilfe gegen falsche Beamte.

Seit einiger Zeit treiben wieder falsche Beamte ihr Unwesen. Die Ganner suchen meistens Wohnungen auf, in denen die Frauen schwindeln sie dann vor, daß ihre Männer an einer streifbaren Handlung beteiligt oder wegen derselben sogar verhaftet wären; sie müßten deshalb eine Durchsuchung vornehmen. Obwohl in allen Fällen die Frauen erklären, daß ihre Männer nichts Streifbares begangen hätten, bringen die falschen Beamten auf Durchsuchung; sie lassen sich die Ausweisepapiere, Geld und Wertgegenstände erklären, sie bis zu ihrer in einigen Stunden erfolgenden Rückkehr einschließen zu müssen. Dann veranlassen sie die Frauen, das betreffende Zimmer zu verlassen. Diese Spanne Zeit benutzen sie, um sich die Sachen anzueignen, den Schlüssel einzuflecken und sich zu entfernen. Nach einiger Zeit merken die von der Durchsuchung Betroffenen, daß die Sachen gar nicht in dem Schrank liegen, und sie somit falschen Beamten zum Opfer gefallen sind.

Selbstverständlich ist das für die Verlosung derartiger Straftaten zuständige Dezernat der Berliner Kriminalpolizei eifrig bemüht, solche Fälle aufzuklären. Es ist deshalb besonders darauf hingewiesen, daß jeder Beamte der Groß-Berliner Kriminalpolizei, sofern er eine Anbahnung vorzunehmen hat, sich durch eine kuppelne Erkennungsmarke ausweisen muß. Das Publikum tut daher gut, auf jeden Fall die Vorzeigung dieser Marke zu verlangen. Im Falle einer Weigerung kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der oder die betreffenden Beamten nicht richtige Beamte sind. Ein telefonisches Anrufen des nächsten Reviers wird in vielen Fällen die Betroffenen vor Schaden bewahren. Die Reviere müssen selbstverständlich jedem derartigen Ansuchen unerschrocken nachkommen und dann ihrerseits das erforderliche weitere veranlassen.

Freie Vereinbarung im Fernsprechwesen.

Bis Ende September dieses Jahres bestand die Bestimmung, daß ein Fernsprechteilnehmer, der seinen Anschluß einem Dritten für Weibliche überläßt, sich dafür keine höheren Beträge erstatten lassen dürfe, als er selbst an die Post zu entrichten hat. Diese Bestimmung war in den rückliegenden Jahren immer wieder namentlich von den Inhabern öffentlicher Geschäfte und von Gasthofbesitzern beanstandet worden. Solange die Pauschalgebühren in Geltung war, konnte die Post hieran nichts ändern, weil sie beim Pauschalgebührensystem aus einer vermehrten Benutzung des Anschlusses für sich keine höheren Gebühren erzielte, vielmehr nur größere Betriebsausgaben hatte. Mit der Einführung des Einzelgesprächstarifs ist dieser Standpunkt der Post gegenstandslos geworden. Die Post überläßt jetzt die Regelung der Frage, wieviel sich der Anschlußinhaber von Dritten für die Benutzung seines Anschlusses erstatten lassen darf, der freien Vereinbarung zwischen den beiden Parteien. Wer deshalb zum Beispiel die von einem Hotel erhobene Einzelgesprächsgebühr beanstandet, kann sich immer nur mit dem Besitzer des Hotels, nicht aber mit der Post darüber auseinandersetzen.

Untergang eines deutschen Dampfers.

25 Mann Besatzung ertrunken.

Ein Opfer der furchtbaren Stürme, die in den letzten Wochen in Nord- und Ostsee gewütet haben, ist auch ein deutscher Dampfer geworden. Wie dem Norwegischen Telegraphenbureau in Kristiania aus Haugefeld gemeldet wird, ist der deutsche Dampfer Signal, der am 16. Dezember von Sagvaag nach Königsberg mit einer Ladung Kies abgegangen war, noch nicht an seinem Bestimmungsort angekommen. Es wird angenommen, daß das Schiff während des starken Sturmes am 17. Dezember in der Nordsee untergegangen ist. Das Schiff hatte eine Besatzung von 25 Mann, die offenbar sämtlich den Tod in den Wellen gefunden haben.

Nichtbräuchliche Alarmierung des Ueberfallkommandos. In Anbetracht der häufigen unberechtigten Alarmierung der Ueberfallkommandos der Schutzpolizei wird das Publikum erneut und dringend darauf hingewiesen, daß es in solchen Fällen mit empfindlicher Bestrafung zu rechnen hat. Eine böswillige Alarmierung macht den Täter außerdem schadenerkläglich. Die Ueberfallkommandos können den Schutz von Leben und Eigentum der Bevölkerung in Zukunft nur dann wirksam durchführen, wenn sie nur in solchen Fällen herbeigeeilt werden, in denen die Voraussetzung ihres Eingreifens vorliegt. Andernfalls trägt das Publikum dazu bei, daß eine Einrichtung unterwertig wird, die bei der allgemeinen Unsicherheit dringend erforderlich ist.

Ein schiefstücker Landjäger ist, wie man uns aus Ahrensfelde schreibt, der dortige „zum Schutze der Einwohner“ bestellte Beamte Beger, der durch Mißbrauch seines Dienstgewehrs in der Silvesternacht mehrere Einwohner in Lebensgefahr brachte. Gegen 10 Uhr lehrte der Landjäger im Lokal von Fischer in Ahrensfelde ein. Schon angetrunken, bedrohte er die dort anwesenden Gäste, darunter auch Frauen. Nachdem man ihn endlich zum Gehen bewegen konnte, knallte er auf der Straße lustig los, so daß vorübergehende Passanten eiligt flüchten mußten. Durch den entstandenen Lärm wurde eine mit dem Landjäger in einem Hause wohnende Frau veranlaßt, das Fenster zu öffnen. Mit dem Rufe „Kopfweg!“ gab der Landjäger zwei Schüsse ab. — Auch die Silvesternacht kann derartige „Scherze“ nicht entschuldigen. Die zuständigen Stellen werden gut tun, den Landjäger nachdrücklich auf die Vorschriften über den Waffengebrauch hinzuweisen.

Unwahre Nachrichten über Königsberg N.-M. In den letzten Wochen wurde in den Zeitungen die Nachricht verbreitet, daß die Stadtgemeinde Königsberg-Neumarkt ihre Zahlungen eingestellt habe und daß die städtischen Körperschaften erklärt hätten, auch an die Beamten Zahlungen nicht mehr leisten zu können. Wie der Giroverband der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg ermittelt hat und jetzt mittels, entbehrt dieses Gerücht jeglicher Begründung.

135 480 M. für eine Seereise. Ueber die Steigerung der Postgebühren nach dem Auslande hat das Statistische Reichsamt eine lehrreiche Aufstellung gemacht. Von Hamburg nach New York kostete es 1914 in den vier Klassen 160, 190, 220 und 350 M. Im August 1921 waren diese Preise auf 10 117, 10 960, 12 647, 18 348 M. gestiegen. Bis zum November stiegen sie weiter auf das Doppelte bis Dreifache, auf 26 902, 34 220, 39 465, 57 911 M. Verhältnismäßig „billig“ fährt man nach Südamerika. Nach Buenos Aires kostete es in den drei Klassen 140, 480 und 650 M., im August 1921 5000, 18 000 und 22 000 M., im November dagegen 15 632, 48 981 und 72 950 M. Von Hamburg nach Kapstadt konnte man eine Reise für 250, 500 und 750 M. machen. Im November 1921 mußte man dafür 26 054, 48 981, 64 718 M. anlegen. Von Bremen nach Yokohama kostete es nicht weniger als 102 131 und 135 480 M. Von Stettin nach Nepehagen konnte man einst für 10 M. fahren, jetzt beträgt der Mindestpreis 485 M. Man kann aber auch 728 und 1213 M. dafür anlegen.

Neue Preisprüfungsstellen. Die Preisprüfungsstellen behalten nicht nur ihre Tätigkeit bei, es sind sogar neue Preisprüfungsstellen errichtet worden: im Regierungsbezirk Breslau in Münsterberg, für den Kreis in Frankenstein, im Regierungsbezirk Magdeburg in Friedberg, Goldberg, Greiffenberg und Liebenhal und für den Kreis in Löwenberg, im Regierungsbezirk Osnabrück in Palschau und Ziegenhals. In Königshütte ist ein Unteranspruch der gemeinsamen Stelle und Beuten errichtet worden. Die Arbeitsgemeinschaft der Preisprüfungsstellen Thüringens hat ihren Sitz nach Weimar verlegt.

Zehn Ueberlebende eines deutschen Dampfers. Ein Hilfsdampfer landete in Grimnitz zehn Ueberlebende der Besatzung des deutschen Dampfers „Achmar“, der, wie gemeldet, am Sonnabend während des Sturmes in der Nordsee kenterte.

Ueber die Schönheit des Stadtbildes, unter besonderer Berücksichtigung des Schöneberger Bagerischen Viertels. Inwieweit Herr Oberst Krafft in der „Mannischen Vereinigung von Kunstfreunden in Schöneberg“ am Sonnabend, den 7. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Friedenauer Rathaus, Gäste sind willkommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kälter, zeitweilige Deiter, aber noch übermiegend bewölkt mit leichten Schneefällen. Hiemlich kalte nordwestliche bis nördliche Winde.

Am 6. Januar sind die Arbeitgeberwahlen!

Außer der persönlichen Stimmabgabe ist die briefliche Wahl zugelassen, d. h. dem Arbeitgeber ist gestattet, anstelle der persönlichen Stimmabgabe den Stimmzettel unter Verwahrung des nicht wieder zur Rückgabe gelangenden Ausweises über seine Wahlberechtigung dem Wahlbureau des Magistrats, Berlin C. 2, Stralauer Straße 44/45, 1. Hof pt. brieflich einzuliefern. Bei der brieflichen Wahl muß der Brief spätestens am 7. Januar, abends 7 Uhr, im Wahlbureau eingegangen sein unter Kukenadresse: Wahlbureau des Magistrats Berlin C. 2, Stralauer Straße 44/45, 1. Hof pt.

Jeder Stimmaetzel ist in einem mit dem Stempel der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte versehenen verschlossenen Umschlag abzugeben. Die Umschläge stecken im Wahlraum den Wahlberechtigten zur Verfügung.

Jeder Arbeitgeber muß seiner Wahlpflicht nachkommen!

Gewerkschaftsbewegung

Zum Tode Giuseppe Bianchi.

Am 18. Dezember starb, wie wir bereits meldeten, in Moskau der erst 33jährige Genosse Giuseppe Bianchi, nachdem er wenige Tage zuvor von einer Rundreise durch Deutschland, an der er sich auf Einladung der deutschen Gewerkschaften beteiligte, schwer erkrankt zurückgekehrt war.

Bianchi entstammte einer Arbeiterfamilie, die viele Opfer brachte, um ihn studieren zu lassen. Der frühe Tod des Vaters aber setzte dem ein Ziel, und der junge Giuseppe machte darauf eine Lehrzeit in einer Druckerei durch. Als Korrekturleser kam er bald an das Parteiorgan, den „Avanti!“, zu einer Zeit, wo er, wie so viele seiner jungen Landsleute, begeistert für Mazzinis republikanische Partei wirkte. Sein nächstes Tätigkeitsgebiet war Deutschland, wo er den für die italienischen Mitglieder erscheinenden „Operaio Italiano“ im Auftrage des Deutschen Bauarbeiterverbandes redigierte. Diese Zeit war für ihn die Schule zum Sozialismus, zum Marxismus, dessen orthodoxste Seite er mit Mazzinischen Gedanken verflocht. Das alte Deutschland vertrieb ihn bald durch einen Majestätsbeleidigungsprozeß. Darauf übernahm er die Leitung eines italienischen Arbeiterblattes in der schweizerischen Hauptstadt, um kurz vor dem Krieg Herausgeber des „Popolo“ in Berna, in seiner Heimat, zu werden. Von dort wurde er bald als Sekretär der Arbeiterkammer nach Venedig berufen, wo er zugleich das örtliche Arbeiterblatt redigierte. Als der „Avanti!“ ein eigenes Blatt für Turin gründete, übertrug man dem schreibgewandten und klugen Bianchi die Leitung, aber der italienische Gewerkschaftsbund zog ihn bald wieder fort, um ihn zum Sekretär seiner Zentrale und Schriftleiter seines Wochenorgans zu machen.

Bei den allgemeinen Wahlen 1919 zog er als der jüngste Parlamentarier in die Kammer ein. Im gleichen Jahre sandte ihn die Partei mit der ersten Mission nach Rußland zum Studium der dortigen Verhältnisse. Seine letzte große Reise führte ihn durch die ehemalige deutsche Rüstungsindustrie, über deren Umwandlung zur Friedensezeugung er ausführliche Berichte vorbereitete. Bei Schluß der Reise zog er sich in Kiel eine böse Erkältung zu, die sich rasch verschlimmerte, so daß seine junge sprachgewandte Frau, die ihn begleitete, nur noch mit einem todkranken Manne die Heimat erreichte, wo er jetzt seinem Leiden erliegen ist.

Bianchi gehörte zu den jüngsten, aber auch tüchtigsten und vielversprechendsten Köpfen der so rasch aufstrebenden italienischen Arbeiterbewegung. Partei und Gewerkschaften erleiden durch seinen frühen Heimgang einen herben Verlust. Mit ihnen stehen auch wir tiefbewegt und erschüttert an dem Grabe eines Genossen, dessen letzte Arbeit, die ihm die tödliche Krankheit brachte, dem Wohle der deutschen Arbeiterchaft galt.

Generalversammlung der Betriebsräte.

Die Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagende, von der „Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin“, einberufene Generalversammlung der Betriebsräte nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Vor Eintritt in die festgelegte Tagesordnung wurden von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft zwei Anträge eingebracht, welche dahin gingen, die Feiertage in der Vollversammlung der Betriebsräte in den Sophienböden gewählte sogenannte „Schlichtungskommission“ zur Generalversammlung zuzulassen und außerdem einer Delegation der Arbeitslosen Eintritt zu gewähren. Der Volkzugsrat wehrte sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Anträge, erklärte aber gleichzeitig die Entscheidung darüber der Generalversammlung zu überlassen. In der Abstimmung wurden beide Anträge mit 67 gegen 60 Stimmen angenommen. Wenn man bei einer Delegiertenzahl von 500 Betriebsräten dieses Ergebnis in Betracht zieht, so muß schon festgestellt werden, daß die Vollversammlung beschlußfähig war.

In Anbetracht dieses Abstimmungsergebnisses erklärte Genosse Krone, daß er es ablehne, an einer Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, die eine derartige statutenwidrige Zusammenkunft zeigt, teilzunehmen und forderte Gleichgestimmte auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Nach dem Referat meldete sich Genosse Hermann zur Geschäftsordnung und erklärte, daß er gegen den Beschluß der Generalversammlung auf das entschiedenste protestiere, da die SPD-Genossen, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen, es ablehnen müssen, mit einer illegalen Organisation zu verhandeln. Er forderte die Parteigenossen auf, bei einem eventuellen Bericht der sogenannten Schlichtungskommission mit ihm den Saal zu verlassen, da wir uns unter keinen Umständen in das Schlepptau der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft nehmen lassen. Ebenfalls erklärte er im Auftrage der Sozialdemokratischen Fraktion eine Beteiligung an der Unterstützungskommission abzulehnen, um dem gaskonstituierten Leichnam nicht zu neuem Leben zu verhelfen und sich auch einer Abstimmung unter allen Umständen zu enthalten.

Diese Erklärungen wurden von Seiten der Kommunisten mit großem Tumult ausgenommen. Der zweimaligen Aufforderung leisteten bei dem sehr schwachen Besuch der Generalversammlung 30 bis 40 Genossen Folge. Der Verlauf der Versammlung war nach dem Vorgefallenen ein recht stürmischer. Gegen 110 Uhr waren nur noch 50 bis 60 Delegierte anwesend.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Eine öffentliche Bäckerverammlung nahm zu der Kampfanfrage der Bäckermeister Stellung. Der Referent Hermann Wilhelm führte aus: Bisder seien die Lohnbewegungen der Bäcker schiedlich-friedlich zum Abschluß gelangt. Die Scharmachereien der Bäckermeister deuten aber darauf hin, daß es damit vorbei sein soll. Die Meister möchten die sozialen Punkte aus dem Tarifrahmen ausschalten und den mühsam errungenen einheitlichen paritätischen Arbeitsnachweis zerstücken. Kennzeichnend für die Situation sei der Ausspruch des Generalsekretärs Goetlich von der Innung: „Wir haben es bisher den Bäckern mit ihren Lohnbewegungen leicht gemacht; jetzt wird das anders werden.“

Das sei eine Kampfanfrage in deutlichster Form, die zum Zusammenstehen der gesamten Kollegenchaft verpflichtet.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde festgestellt, daß man herausholen wolle, was herauszuholen sei. Stehe die Masse in diesem, hier in der Versammlung zum Ausdruck gekommenen Geiste hinter der Organisation, dann könne die Organisation sagen: „Wir fordern, was wir brauchen; wenn Ihr es nicht freiwillig gebt, werden wir es erkämpfen!“ Eine einstimmig angenommene Resolution verpflichtete die Leitung des Verbandes, alle erforderlichen Schritte verpflichtete zu unternehmen, um die Löhne auf eine Höhe zu bringen, die den Kollegen ein menschenwürdiges Dasein sichert. Die Versammlung forderte eine Erhöhung der Löhne um mindestens 200 Mark pro Woche.

Die „Einigkeit“ ist wieder einmal gestört.

Den Gewerkschaften bleibt gegenüber dem kommunistischen Treiben einzelner Mitglieder nichts weiter übrig, als die „Einigkeit“ zu stören, d. h. die provokatorischen Agenten der kommunistischen Partei aus ihren Reihen auszuschließen, wenn sie der Sabotage ihrer ganzen Tätigkeit nicht ruhig zusehen wollen. Nach jede Gewerkschaft, die sich notgedrungen dazu entschloß, die kommunistischen Quertreiber auszuschließen, hat die Erfahrung gemacht, daß das Organisationsleben in den Mitgliederversammlungen ruhiger und erprießlicher wurde und die Einigkeit wiederkehrte. Jetzt hat die mittlere Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten die Führer der kommunistischen Gruppen Richter, Schür und Reschke aus dem Verbände ausgeschlossen und damit die „Rote Fahne“ veranlaßt, wieder einmal gegen einen „Gewaltstreik der Gewerkschaftsbureaucratie“ zu Felde zu ziehen. Ob nicht eben deswegen, weil dieser Verband wegen des verlorenen Streiks eine schwere Krise durchmacht, in der es doppelt notwendig wäre, die Einigkeit innerhalb der Organisation zu wahren, der Ausschluß der Schlinglinge der „Roten Fahne“ erfolgt ist?

Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ hat das Verhalten der Kommunisten während wie nach dem Streik zu zahlreichen Unzuträglichkeiten für den Verband geführt. Die Ausgeschlossenen hätten ohne Wissen der Streikleitung und der Organisation im Namen des Arbeitnehmerkartells Versammlungen einberufen und im Einverständnis mit der kommunistischen Zentrale in der Münzstraße die Tagesordnung der Generalversammlung umgestoßen und die Versammlung gesprengt. Alles im Interesse der „Einigkeit“, wie die Kommunisten sie verstehen.

Kommunistische Einigungsapostel.

Sie treiben heimlich Spaltung und predigen öffentlich Einigung, die Kommunisten, wie es sich jetzt wieder in der Schweiz zeigt. Der kommunistische Vorstand der Sektion Zürich des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes hat in einer etwa 650 Mann starken Versammlung die Gründung einer besonderen Metallarbeitergewerkschaft beschlossen. In Verbindung mit Genf, Winterthur und Basel soll ein kommunistischer Metallarbeiterverband gegründet werden.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Heinz Kühn, Berlin-Nichtenfelde; für Anzeigen: H. Gieseler, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gurkofix
feinst. Gurkensalat
Überall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Most- u. Konservenfabrik
Berlin, Büschlingstr. 6

Schlechterwerke
Peter Schlechter
Markgrafens-
straße 27
Ecke Kreuzenstr.



Almetaille
en gros
von Fabrikanten und Händlern
Robert Bader & Sohn, Berlin SO 28
Fernsprecher: Moritzpl. 607 = Mariannenplatz 22
Vertreterbesuch = Freie Abholung

Korbmöbel
für Gärten, Balkone,
Wohnzimmer i moder-
ner u. dauerhafter Aus-
führung Korbsessel v
M. 45 an. Große Auswahl
Besichtigung erbeten
Heinrich Kaese
Korb- u. Rohrmöbel-Fabrik
Neukölln, Berliner Str. 87
Querweg pt. (Kein Lad.)



Kaufe Altzink
Neuzink, Altblau, Messing, Kupferabfälle
zu Ennepreisen nur von Fabrikanten,
selbstständigen Gewerbetreibenden ab jeder
Station, Berlin freie Abholung.
Siegfried Bauer, Berlin S 14
Stalochrolbarstr. 55, Fernspr.: Mpl. 13772

Horrende Preisherabsetzungen!
Jedes Angebot eine Kaufgelegenheit!

Mengenabgabe
vorbehalten!

Inventur-Ausverkauf

Wirkwaren

Herren-Schweiß-Socken	7 ⁵⁰
Damen-Strümpfe gut verstrickt . .	8 ⁷⁵
Kinder-Sweater	16 ⁹⁵
Kinder-Trikots	19 ⁷⁵
Weisse gestrickte Untertaillen . .	36 ⁹⁰
Hochfeine Schluphosen	58 ⁵⁰
Reinwollene Ueberblusen	125 ⁰⁰
Herren-Einsatz-Oberhemden	75 ⁰⁰
Wollgemischte Herrenhemden . . .	75 ⁰⁰
Gestrickte Herrenwesten mit Aormeln	69 ⁵⁰

Kleiderstoffe

Blusenstoffe hübsche Streifen . Meter	19 ⁷⁵
Kleiderkaros schwarz-weiß, doppelt- breit Meter	27 ⁵⁰
Kleider-Popeline in viel. Farben Meter	39 ⁷⁵
Elegante Twill-Schotten doppelt- breit Meter	49 ⁵⁰
Kammgarn-Serge doppeltbreit Meter	59 ⁵⁰
Reinwoll. Kammg.-Cheviot doppelt- br. Meter	69 ⁵⁰
Fesche Römerstreifen Meter 48,50,	39 ⁷⁵
Rippen-Samt, 70 cm breit . Meter	78 ⁵⁰
Crepe de chine 100 breit, reine Seide, 1. violetten Farben, Mtr.	178 ⁰⁰
Prima Weiß-Kleid.-Volle 115 br. Meter	58 ⁵⁰

Wäsche- u. Baumwollstoffe

Tennisflanell neue Douline . . Meter	14 ⁷⁵
Renforcé herrverg. Qual. Meter 19,75	16 ⁵⁰
Bettuch-Nessel Meter	19 ⁷⁵
Weiss-Köper-Barchent Meter	19 ⁷⁵
Oberhemden-Zephyr Meter	29 ⁷⁵
Bett-Züchen herrverrag. Qualität, Meter	29 ⁷⁵
Hochfeiner Wäschebatist Meter	39 ⁷⁵
Lakenstoffe, 140 cm breit Meter	45 ⁰⁰
Dowlas 130 cm br. 48,50, 80 cm br. Mtr.	29 ⁵⁰
Fesche Kleider-Frottés 130 cm br. Meter	89 ⁵⁰

Tisch- und Hauswäsche

Küchenhandtuch . . Stückw. Mtr.	19 ⁷⁵
Stabenhandtuch . . Stückw. Mtr.	18 ⁷⁵
Damasthandtücher . Stückw. Mtr.	24 ⁷⁵
Kaffeetischdecke	85 ⁰⁰
Damasttischdecke	95 ⁰⁰
Kaffeegedeck weiß mit farbiger Kante mit 12 Servietten	275 ⁰⁰
Bettwäsche	
Deckbettbezug Renforcé, 125x200	158 ⁰⁰
Kissen 80x60 45 ⁰⁰ Laken 180x210	108 ⁰⁰

Stickerei-Untertaillen 12⁷⁵

Korsette lange Form, Ia Qualität 34⁵⁰

Gardinen-Tüll 120 cm br. Mtr. 18⁷⁵

Läuferstoffe Ia Qualität 81,50 18⁷⁵

Verkauf soweit Vorrat!

Das moderne Kaufhaus
LOEBMANN & SINGER
Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 113, Ecke Tempelhofer Straße